Bezugspreis
für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 1.10 Mk., vierteljährlich 3.30 Mk. durch die Post 3.25 Mk. ausschl. Bestellungsgebühr.
Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen.
Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter „Saale-Zeitung" eingetragen.

Für unverlangt eingehende Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet.

Fernsprecher der Schriftleitung Nr. 1140 der Anzeigen-Abteilung Nr. 1142 der Bezugs-Abteilung Nr. 1133; Postscheckkonto Leipzig 4609.

Abend-Ausgabe.

Saale-Zeitung.

Einundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die dreigespaltene Kolonelzeile oder deren Raum mit 30 Pfg. berechnet und in unseren Annahmestellen und allen Anzeigen-Geschäften angenommen. Reklamen die Zeile 1 Mk. Schluß der Anzeigen-Annahme vorm. 11 Uhr, in der Sonntagsnummer abends 6 Uhr. — Abbestellungen von Anzeigenaufträgen, soweit solche zulässig sind, müssen schriftlich erfolgen.
Erfüllungsort: Halle a. S.

Erscheint täglich zweimal Sonntags einmal.

Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Brauhausstraße 17. Nebengeschäftsstelle Markt 24.

Nr. 114. Halle, Donnerstag, den 8. März **1917.**

Ein französischer Torpedobootszerstörer vernichtet.

Zwei weitere feindliche Kriegsschiffe gesunken.

Die Einzahlungsbedingungen der neuen Kriegsanleihe.

Die neue Kriegsanleihe besteht, wie bereits an dieser Stelle berichtet worden ist, wieder in fünfprozentigen Schuldverschreibungen und ferner in viereinhalbprozentigen mit 110 Prozent bis 120 Prozent auslosbaren Schatzanweisungen, wobei der Zeichnungspreis für beide Anleihearten auf 98 vom Hundert (Schuldbucheintragungen der fünfprozentigen Reichsanleihe mit Sperre bis zum 15. April 1918 97,80 Mark) unter Verrechnung der üblichen Stückzinsen festgesetzt ist.

Obwohl der Zeichnungstermin die Zeit vom 15. März bis 16. April umfaßt, dürfen Voll- und Teilzahlungen, die letzteren in runden durch hundert teilbaren Beträgen des Nennwerts, bereits vom 31. März ab geleistet werden. Da der Zinsenlauf, und zwar beider Anleihearten, am 1. Juli 1917 beginnt, der erste Zinsschein mithin am 2. Januar 1918 fällig wird, ist denen, die bereits am 31. März Zahlungen leisten, ein Vierteljahr Zinsen zu vergüten, das heißt, bei einer Vollzahlung von beispielsweise 1000 Mark Anleihe am 31. März empfangen die Zeichner der fünfprozentigen Schuldverschreibungen eine Zinsvergütung von 1¼ Prozent gleich 12,50 Mark, die Zeichner der viereinhalbprozentigen Schatzanweisungen eine Vergütung von 1⅛ Prozent gleich 11,25 Mark. Der Zeichnungspreis ermäßigt sich mithin im Falle der Vollzahlung am 31. März auf 96¾ Prozent für die fünfprozentigen Schuldverschreibungen, auf 96,55 Prozent für Schuldbucheintragungen der fünfprozentigen Reichsanleihe und auf 96⅞ Prozent für die viereinhalbprozentigen Schatzanweisungen. Erfolgt die Zahlung später, so werden entsprechend weniger Zinsen vergütet, also z. B. am 20. April für 70 Tage.

Der erste Pflichtzahlungstermin ist der 27. April. An diesem Tage müssen 30 Prozent des dem Zeichner zugeteilten Betrages an Kriegsanleihe bezahlt werden. Am 24. Mai werden weitere 20 Prozent und am 21. Juni und 18. Juli jeweilig 25 Prozent fällig. Diese Pflichtzahlungstermine müssen von den Zeichnern inne gehalten werden, sofern die Summe der fällig gewordenen Teilbeträge wenigstens 100 Mark ergibt. Hat jemand z. B. 1000 Mark fünfprozentige Kriegsanleihe gezeichnet und zugeteilt erhalten, so muß er 300 Mark Kriegsanleihe am 27. April bezahlen, wobei ihm die Stückzinsen für 63 Tage vergütet werden, so daß die Barzahlung (300 Mark à 98 Prozent = 294 Mark abzüglich 2,60 Mark Stückzinsen) 291,40 Mark beträgt. Hat jemand 400 Mark Kriegsanleihe gezeichnet, so sind am 27. April, dem ersten Pflichtzahlungstermin, 100 Mark Kriegsanleihe zu begleichen. Hat jemand 300 Mark Kriegsanleihe gezeichnet, so braucht er am 27. April noch gar nichts einzuzahlen, denn 30 Proz. von 300 Mark ergeben nicht den Mindestbetrag von 100 Mark. Die ersten 100 Mark sind vielmehr bei einer Zeichnung von 300 Mark erst am 24. Mai fällig, weitere 100 Mark wären am 21. Juni zu bezahlen und die restlichen 100 Mark am 18. Juli. Bei einer Zeichnung von 200 Mark Kriegsanleihe sind je 100 Mark am 24. Mai und am 18. Juli zu bezahlen. Bei einer Zeichnung von 100 Mark Kriegsanleihe wird die ganze Zahlung erst am 18. Juli fällig. In allen Fällen können, wie schon erwähnt, ebenso wie die Vollzahlung auch Teilzahlungen geleistet werden, indeß immer nur in runden durch 100 Mark teilbaren Beträgen des Nennwerts.

Besondere Bedingungen gelten für die Einzahlungen auf Zeichnungen, die bei den Postanstalten erfolgen. Zunächst ist hier zu bemerken daß die Postanstalten nur Zeichnungen auf die fünfprozentige Kriegsanleihe, nicht aber auf die Reichsschatzanweisungen entgegennehmen. Ferner ist hervorzuheben, daß auch bei den Postanstalten zwar schon am 31. März die Vollzahlung vorgenommen werden kann, daß sie jedoch am 27. April geleistet werden muß. (Teilzahlungen sind nicht zulässig.) Für die Vollzahlung, die am 31. März geleistet wird, werden 90 Tage Zinsen gleich 1¼ Prozent vergütet. Für die Vollzahlung, die am 27. April oder in der zwischen dem 31. März und 27. April liegenden Zeit geleistet wird, werden zur Vereinfachung des Verkehrs bei den Postanstalten gleichmäßig 63 Tage gleich ⅞ Prozent vergütet.

Alles Nähere über die Einzahlungsbedingungen der neuen Kriegsanleihe wird nach Erscheinen der amtlichen Zeichnungsaufforderung aus dieser selbst zu ersehen und bei den Zeichnungs- und Vermittlungsstellen zu erfahren sein.

Amerika.

Amerikas Rechtsmäntelchen.

c. B. **Bern, 8. März.** Wie aus Washington gemeldet wird, hat der Generalstaatsanwalt dem Präsidenten ein Gutachten überreicht, in dem er erklärt, alle amerikanischen Juristen seien einig in der Auffassung, daß das Gesetz von 1819 nicht mehr maßgebend sei. Deutschland solle nicht unter diejenigen Mächte, die durch diese gesetzlichen Bestimmungen betroffen würden, da Amerika mit Deutschland keinerlei amtliche Beziehungen mehr unterhalte.

WTB. **Paris, 7. März.**

Das Marineministerium teilt mit: Der Torpedobootszerstörer „Cassini", der dem Patrouillendienst im Mittelländischen Meere zugeteilt war, ist am 28. Februar um 1 Uhr morgens von einem feindlichen Unterseeboot torpediert worden. Die Pulverkammer explodierte worauf das Boot in weniger als zwei Minuten versank. Der Kommandant, sechs weitere Offiziere und 100 Unteroffiziere und Mannschaften sind umgekommen, zwei Offiziere und 32 Unteroffiziere und Mann sind gerettet worden.

*

c. B. **Bern, 8. März.** Wie aus Chiasso gemeldet wird, geht in Italien seit einiger Zeit das Gerücht, daß auch das Linienschiff „Giulio Cesare" durch Sabotage untergegangen sei. Eine Bestätigung des Gerüchts ist bisher noch nicht erfolgt. Das genannte Schiff hat eine Wasserverdrängung von 22 500 Tonnen.

c. B. **Kopenhagen, 8. März.** Wie der Korrespondent der T. U. erfährt, ist Anfang Januar bei Port Said ein großer russischer Kreuzer auf eine Mine gelaufen und gesunken.

Amtlicher Bericht der Heeresleitung.

WTB. Großes Hauptquartier, 8. März.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Nur in der Champagne heftiges Artilleriefeuer; die übrigen Fronten blieben bei dunstigem Wetter und Schneetreiben im allgemeinen ruhig.

Bei Erkundungsvorstößen zwischen Somme und Oise wurden 17 Engländer und Franzosen sowie mehrere Maschinengewehre eingebracht.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Keine Gefechtshandlungen von Bedeutung. Zwischen Wileyka und Molodeczno kam durch Bombenabwurf ein russischer Eisenbahnzug zur Entgleisung.

Mazedonische Front.

Nördlich des Doiran-Sees Vorpostengeplänkel.

Erster Generalquartiermeister Ludendorff.

Die Beute im Westen seit 1. März.

Berlin, 8. März. (Priv.-Tel.) Auf der Westfront sind in der Zeit vom 1. März ab 333 Engländer und 730 Franzosen gefangen genommen worden; 32 Maschinengewehre und 25 Schnellfeuergeschütze erbeutet worden.

Vor der zehnten Isonzoschlacht.

Der Kriegsberichterstatter des „Pesti Naplo" schreibt vom Standorte der Armee Boroevic über die Lage bei Görz: Unsere Stellungen ziehen sich 1200—1500 Schritte von der Stadt hin. Diese wird durch unsere Geschütze beherrscht, nur der Platz hinter dem Kastell ist etwas geschützter. Dort dürften sich der italienische Divisionsstab und die Militärbureaus befinden. In dem ganzen Abschnitt ist eine außerordentliche Ansammlung der italienischen Artillerie deutlich zu erkennen. Alle Anzeichen deuten darauf, daß der Beginn der zehnten Isonzo-Schlacht nur die Frage von wenigen Tagen ist.

Uebrigens sei das Gesetz von 1819 für eine ganz andere internationale Situation geschaffen. Der Präsident hielt eine Beratung mit den Ministern ab. Fünf Minister, der Kriegsminister, der Marineminister, der Finanzminister, der Minister des Aeußern und der Staatssekretär, haben dem Präsidenten geraten, ohne Verzug die Bewaffnung der Handelsschiffe anzuordnen. Die Entscheidung des Präsidenten wird von einem Tage zum anderen erwartet. Allgemein nimmt man an, daß sie der Bewaffnung der Handelsschiffe zustimmen wird.

Der Geschäftsordnungsstreit im amerikanischen Senat.

WTB. **Washington, 7. März.** (Reuter.) Der aus Demokraten und Republikanern bestehende vereinigte Kongreßausschuß kam überein, eine Aenderung der Geschäftsordnung des Senats in der Richtung zu empfehlen, daß jede Debatte mit zwei Drittel Mehrheit geschlossen werden kann.

Wilson umgirrt Südamerika.

Malmö, 7. März. Nach hier vorliegenden New Yorker Nachrichten setzt Wilson unbeirrt ob seiner bisherigen Fehlschläge in dieser Richtung seine Politik über die Gewinnung der Staaten von Südamerika für ein gemeinsames Auftreten aller amerikanischer Staaten in der Frage der internationalen Politik fort. Mit zähem Eifer arbeitet er an dem Zustandekommen eines panamerikanischen Kongresses. Bemerkenswert ist, daß die Vereinigten Staaten bemüht sind, hauptsächlich Peru zu gewinnen. Die Bestrebungen Wilsons werden eifrigst von Morgan unterstützt. Auch in den anderen südamerikanischen Staaten ist diese Vorarbeit Wilsons und Morgans zu bemerken. Die Weststaaten, die bisher aus Furcht vor Japan gegen den Krieg mit Deutschland waren, treten für die Politik Wilsons ein, obzwar sich in dem Wirrwarr auch warnende Stimmen erheben. Auch in den Weststaaten macht sich die deutschfeindliche Stimmung stark bemerkbar. Gegenüber Mexiko herrscht ein starkes Mißtrauen. Man glaubt, daß Carranza eine zwiespältige Politik treibe.

Der deutsche „Attentäter?"

c. B. **Genf, 8. März.** Nach einer New Yorker Meldung soll in einem Hobokener Hotel ein Deutscher namens Kolk verhaftet worden sein, der eingestanden habe, daß die in seinem Zimmer befindlichen 16 Bomben zu einem Anschlage gegen Präsident Wilson bestimmt waren. Aus seinem Geständnis ging weiter hervor, daß er an der Zerstörung von Munitionswerkstätten teilgenommen habe. Auf seine Denunziation seien zwei Männer verhaftet worden, deren Namen bekanntzugeben die Polizei sich weigert. Es handle sich um eine weitverzweigte Verschwörung zur Vernichtung der Petroleumgruben in Tampico und der Kriegsmaterialwerkstätten in den Vereinigten Staaten.

England.

Segelschiffe als U-Bootfallen wertlos.

Genf, 7. März. Die neueste Methode der Entente, Segelschiffe da und dort als Fallen für U-Boote auszusenden, erweist sich als zwecklos. Der „Temps" meldet aus Bordeaux daß sich ein Viermaster geraume Zeit bemüht, die Aufmerksamkeit der U-Boote auf sich zu ziehen. Acht norwegische Schiffe liegen, der Ausfahrt harrend, nebst den Dampfern „Orleans" und „Rochester" im Hafen von Bordeaux.

Der englische Hilfsdienst.

Rotterdam, 7. März. Wie der „Nieuw. Rott. Cour." aus London meldet, habe der Chef der Rekrutierungsabteilung des Departements für den nationalen Hilfsdienst gestern in einer Rede erklärt, daß am 24. März die Abhaltung eines nationalen Hilfsdiensttages beabsichtigt sei. Am nächsten Tage würden die Geistlichen von den Kanzeln die Bevölkerung zur Anmeldung auffordern. Die freiwillige Anmeldung werde am 31. März abgeschlossen werden.

England ohne Sonntagspost!

c. B. **Haag, 8. März.** „Hollands Nieuws Bureau" meldet aus London, die Regierung wolle die Sonntagspost im ganzen vereinigten Königreich abschaffen, um die Inanspruchnahme der Eisenbahn abzuschwächen. Dadurch bleibt die Provinz ohne ihre gewohnten Sonntagsblätter. Sämtlich in der Sonnabendnacht fahrenden Züge fallen aus.

Die englischen Bauern fordern.

Nach Meldungen aus London an das „Algemeen Handelsblad" zu Amsterdam hat unter den englischen Bauern eine Bewegung eingesetzt, die dahin geht, für alle geschulten Arbeitskräfte einen sofortigen Urlaub von 6 Wochen zu erwirken zwecks Ausführung der notwendigen Landarbeiten.

Vermischte Kriegsnachrichten.

Lebhafte Kampftätigkeit in Wolhynien.

Stockholm, 7. März. Der in Kiew erscheinende „Armeeboote" berichtet: In Wolhynien ist die deutsche Fliegertätigkeit sehr lebhaft. Deutsche Flieger warfen zahlreiche Bomben ab. Am Stochod herrschte wieder starkes Feuer der deutschen schweren Artillerie, deren Geschosse die neuen verstecken russischen Verschanzungen trafen. Die deutsche Artillerie eröffnete ein systematisches Feuer gegen die russischen Schützengräben. Man beobachtete deutsche Infanteriemarkierungen. Südlich Brzezany eröffneten die Deutschen unerwartet Feuer aus Minenwerfern. Außerdem machten sie mit mehreren Kompagnien einen Infanterieangriff und überwältigten die russischen Vorposten im Nebel. Die russischen Truppen mußten dem Vorstoße weichen. Bei Stanislau begann der Angriff einer deutschen Artillerie. In den Karpathen kam es nur zu Vorfeldkämpfen. Die Witterung ist bedeutend milder geworden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19170308028/fragment/page=0001

Lebensmittelnot im rumänischen Moldau-Gebiete.

Die „Neue Zürcher Zeitung" berichtet aus Jassy: Um dem immer drückender werdenden Lebensmittelmangel der Bevölkerung an der Moldau abzuhelfen, hat die russische Regierung eine Erhebungskommission nach Jassy beordert, welche Maßnahmen zur Erleichterung der Volksnot treffen soll. Die allgemeine Stimmung an der Moldau ist recht gedrückt. Zu der durchgreifenden Umänderung in der Besetzung der höchsten Kommandostellen der rumänischen Armee kommen die neuen Ausrüstungen und die fieberhaft betriebenen Kriegsübungen, welche unter der Leitung von Offizieren der Alliierten durchgeführt werden und welche darauf schließen lassen, daß ein unmittelbarer Eingriff des organisierten rumänischen Heeres in allernächster Zeit stattfinden dürfte.

Tschita.

Ein Munitionszug, dessen wertvolle Fracht entweder von den Japanern oder den Amerikanern hergestellt worden war, ist bei Tschita explodiert. Merkwürdig ist, daß gerade bei Tschita, einer sibirischen Stadt, etwa 6 Tagereisen östlich vom Baikalsee, deren Bezirk von großer landschaftlicher, an den Schwarzwald erinnernder Schönheit ist, laut jüngsten Nachrichten die Japaner sehr ausgedehnte Gebiete käuflich erworben haben. Es ist jedoch nicht nötig, anzunehmen, daß etwa japanische Agenten das Unglück herbeigeführt hätten, auf daß die japanischen Fabriken fette Aufträge erhielten: vielmehr ist die amtliche Erklärung, daß der Munitionszug in voller Fahrt entgleist sei, durchaus annehmbar. Denn von Tschita, das die höchste Erhebung der ganzen riesigen sibirischen Bahn darstellt, senkt sich der Schienenstrang gegen den Baikal zu in einer, bei dem ungenügenden Unterbau jener Eisenbahn unverantwortlichen Weise. In den ersten Jahren nach der Vollendung der Bahn, die im September 1901 geschah, fuhr man denn auch bloß mit einer Geschwindigkeit, die 8 oder höchstens 10 Kilometer in der Stunde nicht überschritt. Seitdem aber ist man, besonders da offenbar der an der russischen Westfront herrschende Munitionsmangel zur Eile drängt, zu einem vielfach rascheren Tempo übergegangen.

Durch die Explosion wurde die Schienenstrecke auf beinahe 7 Kilometer aufgerissen. Da in ganz Sibirien keine Walzwerke sind, folglich die neuen Schienen aus dem europäischen Rußland oder aber aus Japan hergebracht werden müssen, so bedeutet dies Aufreißen eine lange Unterbrechung, die für die ganze Kriegführung nicht ohne Einfluß bleiben kann. Für die Gesamtbeförderung von Munition und Kriegsgerät kommt noch in Betracht, daß noch bis Anfang Mai der Baikalsee durch Eis verschlossen ist, so daß die Züge einen zwei Tage erfordernden Umweg um den Baikal herum machen müssen, während das Traiektboot, das ganze Züge aufnehmen kann, die Ueberfahrt in wenigen Stunden bewerkstelligt. Die Schiffahrt geht von Mai bis in den Dezember.

Wiederhergestellte „Drahtlose".

Berlin, 7. März. Die drahtlose Verbindung mit Sayville und Tuckerton ist wiederhergestellt.

Der Landwirtschaftsminister und der Staatskommissar.

Wenn man den Versicherungen des Herrn von Schorlemer Glauben schenkt, dann ist nicht der preußische Landwirtschaftsminister das Hindernis für eine gerechte Erfassung und Verteilung der landwirtschaftlichen Produkte, sondern die Vielheit der Kriegsorganisationen. Man kann ihm aetrost darin beipflichten, daß bei unserer Ernährung der Oraanisationsapparat zu schwerfällig arbeitet, weil er zu kompliziert geworden ist, aber — warum war schließlich dieser schwerfällige Apparat notwendig? Warum hat man immer wieder neue Organisationen geschaffen?

Weil die unter dem Einfluß des preußischen Landwirtschaftsministers stehenden Verwaltungsinstanzen versagten.

Schon die Statistik des Ertrages im Frieden, auf die man bei allen Maßnahmen zurückgreifen mußte, war vollkommen unzureichend. Es ist ja auch unverhohlen ausgesprochen worden — wenn ich nicht irre, war's Herr von Batocki, der das ausführte —, daß die Bestrebungen, mit guten Resultaten zu glänzen, dahin geführt haben, daß in jedem Jahr die Anbauflächen und Erträge höher angegeben wurden, so daß wir zuletzt vielleicht mehr Anbauflächen gehabt hätten, als Ackerboden.

Aber diese Vernachlässigung wichtiger Grundbedingungen für eine einigermaßen zuverlässige Ernteschätzung war es nicht allein, die dem Landwirtschaftsminister zur Last fällt. Er ist es auch gewesen, der einer rechtzeitigen Erfassung der Kartoffelvorräte hindernd im Wege stand. Er ist es gewesen, der behauptete, die Kartoffelbeschlagnahme sei undurchführbar und der so die Verfütterung in großem Maßstab begünstigt hat. Als man dann später an die Beschlagnahme doch herangehen mußte, war schon viel versäumt. Ebenso hat Herr von Schorlemer den Widerstand gegen die notwendige Rationierung gestärkt, indem er bei Preisfestsetzungen die Interessen vertreten und so die Beachtlichkeit gesteigert hat. Das ist doch wahrlich ein Sündenregister, das groß genug ist.

Die Ursache unserer Lebensmittelknappheit ist der englische Aushungerungsversuch. Darin hat Herr v. Schorlemer recht, das muß immer und immer wieder betont werden. Den Engländern soll das nicht vergessen werden. Wenn wir uns jedoch mit der Verteilung des Vorhandenen beschäftigen, dann müssen wir Mängel der Organisation bei uns beseitigen und zu diesen Mängeln gehört, die einseitige Rücksichtnahme auf — unter anderen Umständen begreifliche Forderungen und Wünsche der Produzenten. Wer hat die Stetigkeit der Preise denn gefährdet? Doch nur die immer wiederkehrenden Wünsche der Vertreter des Bundes der Landwirte und diejenigen, die sich zum Sprachrohr dieser Wünsche machten. Die Zurückhaltung der Vorräte auf dem Lande und die Verfütterung wurden durch die Behauptung, daß die Höchstpreise zu niedrig seien gefördert, von der sich auch der Landwirtschaftsminister nicht freihielt. Was Dr. Michaelis, der neue Staatskommissar, ausgeführt hat, ist wahrlich ernst genug, um jede persönliche Empfindlichkeit zurückzustellen und ernstlich darüber nachzudenken, ob das Landwirtschaftsministerium wirklich alles getan hat, um ein gutes Verhältnis zwischen Stadt und Land herbeizuführen. Tatsache ist, und das hat Erbitterung verursacht, daß die landwirtschaftliche Verwaltung, wo sie öffentlich hervortreten ist, die Gegensätze verschärft hat und daß sie nicht imstande war, den Ueberfluß, der vielfach an Lebensmitteln auf dem Lande noch vorhanden war, dem Konsum zugängig zu machen.

Staatskommissar Dr. Michaelis hat dargelegt, daß dadurch manches verdorben ist. Ob er das heute noch wird wieder gut machen können, was in dieser Beziehung gesündigt ist, bleibt fraglich, doch ergibt sich aus den gestrigen Ausführungen zum mindesten der Wille fest durchzugreifen. Dieser Wille bringt ihn in einen Gegensatz zum Landwirtschaftsminister, der sich ja schon jetzt bitter über die Eingriffe in seinem Verwaltungsbereich beklagt.

Zweifellos ist die Organisation des Eier-, Gemüse- und Obstangebotes und der Transport dieser Gegenstände an die Verteilungsstellen eine dringende Notwendigkeit, doch werden die Widerstände dabei nicht klein sein und wenn der Landwirtschaftsminister öffentlich sich über Eingriffe in sein Ressort beklagt, kann man nicht erwarten, daß der neue Staatskommissar bei ihm Unterstützung findet. Man wird in den Kreisen der Interessenten dann zum mindesten immer noch daran glauben, daß das Landwirtschaftsministerium dem Kommissar gegenüber Rückhalt bietet.

Die Reden des Staatskommissars Dr. Michaelis im Abgeordnetenhause.

Die Reden des Staatskommissars in der gestrigen Sitzung des Landtages sind für die Kenntnis unserer Ernährungsverhältnisse so bedeutsam, daß wir sie in nachstehendem ausführlich wiedergeben.

Dr. Michaelis führte aus:

Das mir übertragene Amt ist aus der schweren Sorge geboren, in der wir in unseren Ernährungsfragen leben. Die Sorge ist nicht gegenwärtig so ganz besonders schwer, weil die Witterungsverhältnisse unsere ganze Belieferung verschoben haben und dadurch in der Tat eine Not eingetreten ist, wie sie, insbesondere in den großen Industriezentren, schwerer kaum gedacht werden kann, sondern unsere Sorge richtet sich auf das ganze Jahr. Wir haben damit zu rechnen, daß die am 16. Januar gemachte Bestandsaufnahme nicht das Ergebnis haben wird, wie viele hofften, daß die nachzuprüfenden Schätzungen vom Oktober zu gering seien, und daß ein Plus herauskommen würde. Wenn das aber der Fall ist, und damit rechne ich, dann werden wir in der Tat vor ein ganz besonders schwieriges Vorgehen, besonders durchgreifende Maßnahmen gestellt werden, um das selbstverständlich zu erreichende Ziel des Durchhaltens wirklich zu erreichen. Diese Auffassung ist nicht überall gleichmäßig genug verbreitet, z. B. beim Brotgetreide ist man vielfach der Meinung, es habe zwei Jahre leidlich zu gegangen und werde darum auch im dritten Jahre wieder gut gehen.

Alle Mängel, die im übrigen auftreten, wie das Fehlen von Kartoffeln, werden dann auf das Brotgetreide abgewälzt, um Ersatz zu schaffen. Wenn aber bei der Bestandsaufnahme nicht mehr als bei den früheren Schätzungen herausgewirtschaftet ist, dann ist in der Tat auch beim Brotgetreide eine außerordentlich schwere, ernste Sorge zu erwarten. Wir haben im dritten Kriegsjahr die Beobachtung gemacht, daß die allgemeine Stimmung bei allen Teilen der Bevölkerung in der ersten Sorge gegenüber nicht die Standhaftigkeit bewiesen hat, die man erhoffen mußte. Das ist menschlich, aber in hohem Grade bedauerlich und kann von den schwersten Folgen sein. Wir haben bei den Städten nicht mehr die straffe Aufsicht geführt, die für die Verwaltung von Nahrungsmitteln unbedingt nötig ist. Bei vielen Kreisen der Bäcker eine innere Auflehnung gegen die Maßnahmen der Regierung zu beobachten, es ist mehr und unregelmäßiger verbraucht worden, als das Interesse der Allgemeinheit zuläßt.

Bei den Brotmarken ist in weit verbreiteten Maße gesündigt worden, so daß es wirklich in hohem Grade für unsere Bestände folgeschwer ist. In einer westlichen Stadt sind die dort entstandenen großen Ernährungsschwierigkeiten mit ihren Folgen, Arbeitseinstellung und noch trübere Dinge, darauf zurückzuführen, daß Brotkarten in erschreckendem Umfange gefälscht und widerrechtlich benutzt worden sind, so daß die ganzen Reserven aufgebraucht wurden und, als nun die Kartoffeln fehlten und Brot als Ersatz gegeben werden sollte, nichts da war. In den Mühlen, insbesondere in den kleinen Mühlen, ist vielfach, das wissen alle, die auf dem Lande zu Hause sind, gegen die bestehenden Bestimmungen gehandelt und unter Ueberschreitung der Mahlsätze wie mehr als zulässig aufgemahlen worden. So ist ein Mehlkonsum gewesen, der unsere Vorräte in der erschreckendsten Weise hat zum Sinken bringen lassen. Demgegenüber steht eine weit ausgebreitete Verfütterung des Getreides. (Hört, hört! links)! Sie ist ohne weiteres als erwiesen anzunehmen. (Hört, hört! links)

Es handelt sich nun selbstverständlich darum, zusammenzufassen, so lange es Zeit ist, und mit der überhaupt möglichen Kraft und Schärfe zuzufassen. (Adolf Hoffmann: Ich, wenn Sie dürften!) Der Staatskommissar, der dazu ist, hat in erster Linie ein Amt der Exekutive auf diesem Gebiet, und es besteht dabei nicht der geringste Widerstreit zwischen einem anderen Ressort und etwa meiner Stellung. Denn darin sind doch selbstverständlich alle Ressorts, wie sie auch selbstverständlich als Einwohner des Landes, wenn sie erst den Ernst der Situation erkannt haben, einig, daß etwas geschehen muß. Wer wollte dem widersprechen! Wer will mir in den Arm fallen? (Sehr gut! links.) Wer würde mir mit Erfolg in den Arm fallen, wenn ich meine Pflicht auf diesem Gebiet tue. (Beifall links.) Ohne schwere Eingriffe wird das selbstverständlich nicht möglich sein. Mühlen werden geschlossen werden müssen, unter Umständen wird einem Kommunalverband die Selbstwirtschaft entzogen werden müssen. (Sehr gut!) In der Verwaltung der Städte wird mit scharfen Kontrollen eingegriffen werden müssen, alles das wird geschehen, weil es erforderlich ist, wenn wir durchhalten wollen.

Der Minister des Innern hat deshalb seine Befugnis auf kommunalaufsichtlichem Gebiet in den Ernährungsfragen auf mich übertragen. Es ist schwer, eine Kommunalaufsicht in Dingen zu üben, die sich technisch zu einem so verwickelten Apparat ausgestaltet haben. Auf dem Gebiet der Brot- und Mehlversorgung, wo ich am besten Bescheid weiß, kann ich positiv behaupten, daß es keinem noch so tüchtigen Verwaltungsbeamten, der nicht durch eigene Arbeit sich in die Schwierigkeiten hineingearbeitet hat, überhaupt möglich ist, durchgreifend zu prüfen und die richtigen Wege anzugeben, auf denen eine Besserung erfolgt. Durch Zusammenfassung unserer Landesstellen, des Landesgetreideamtes, des Landesfleischamtes usw., die in gweichmäßig schweren Besorgnissen gekommen haben, muß es erreicht werden, daß sachverständig eingegriffen wird und diese Zusammenfassung der sachverständigen Landesstellen, die in der Arbeit stehen, in der Person des Staatskommissars, ist das erste Wesentliche, was geschaffen werden sollte mit meinem Amte. Dadurch wird die Einheitlichkeit gewährleistet.

Die Möglichkeit zu Reibungen mit irgendeinem Ressort sehe ich da nicht. Wenn es sich darum handeln wird, jetzt für die Ernährung alles heranzuziehen außer dem, was wir schon erfaßt haben, wenn etwa in ganz anderer Weise als bisher, das nicht der Beschlagnahme Unterliegende herangezogen werden soll, ich erinnere etwa an die Hülsenfrüchte, wenn die zu meiner Freude noch vorhandenen Reserven im Lande für die Allgemeinheit dienstbar gemacht werden sollen, insbesondere für die Speisungen in den großen Städten verwiet werden sollen, dann muß ich meine Stimme selbstverständlich dahin richten, irgendwie bestehende Rücksichten gegen weitere Einschränkungen in ländlichen Kreisen beiseite zu schieben. Aber auch insofern kann irgendeine Reibung zwischen mir und irgendeinem anderen Ressort in Preußen nicht entstehen. Dazu wird kein Minister die Hand geben, das zu verweigern, was in dieser großen letzten Not für die Ernährung der Bevölkerung nötig ist.

Die Lebensmittel, die nicht straff rationiert und beschlagnahmt werden sind, die sind in größeren Quantitäten in den Städten nicht vorhanden, sie sind auch in den ländlichen Gebieten vorhanden sind als sie da sein müssen, wenn eine gleichmäßige Verteilung stattfände — ich erinnere an die Eier, an die Milch, Butter, Obst, Gemüse — müssen durch wirksame Organisation für die Zwecke herangezogen werden, die wir verfolgen müssen, die Verbesserung der Ernährung der Bevölkerung über das Mindestmaß dessen hinaus, was wir an Brot, an Fleisch und an Fett geben können. Auf diesem Gebiet muß der Staatskommissar tätig sein. Es wird, wie es bereits durch den Besuch von mehreren Provinzen geschehen ist, die Anregung und unter Umständen der bindende Wille mitgeben sein, das zu erreichen, was wir nötig haben. (Beifall.)

Vor uns steht der Gedanke, was werden sollte, wenn das nicht gelänge, der Gedanke kann gar nicht ausgedacht werden, das grausige Elend, das wäre, wenn wir mit einem Male im Laufe der letzten Monate des Betriebsjahres merkten, es reicht nicht, es geht nicht, durchzuhalten — das Elend, was dann käme, das ist nicht zu beschreiben. Und darum stellen wir diesen Gedanken beiseite und stellen den Gedanken in den Vordergrund, den wir brauchen, damit wir arbeitsfreudig bleiben. Damit wir von uns aus das Gefühl der Sicherheit und Beruhigung in die hineinbringen können, die es von der Regierung erwarten. Das ist der Sieg auch auf dem inneren Gebiete. Dieser Sieg auf innerem Gebiet steht mir vor Augen, und meine volle, schwere Verantwortung vor Gott und dem Volke, weiter nichts, und Sie können es mir glauben, mich beirrt keiner. Wer mich kennt, der weiß das, ich übernehme kein Amt, das ein Schein ist ohne Schärfe, und ich behalte auch kein Amt, wenn mir irgendwer versuchen sollte, das Schwert stumpf zu machen (Beifall), sondern ich will im Aufblick auf den, der mir und dem deutschen Volke hilft, das Amt durchhalten und das Meine dazu beitragen, daß wir auf dem Gebiet unseres innerlichen wirtschaftlichen Kampfes den Sieg davontragen. (Lebhafter Beifall. Abg. Hoffmann (Soz. Arb.): Stürmischer Beifall rechts! — Widerspruch rechts.)

Nach Herrn v. d. Osten nahm der Staatskommissar Michaelis noch einmal das Wort und führte aus. Der Vorredner hat sich

Staatskommissar Dr. Michaelis: Der Vorredner hat sich gegen eine zu weitgehende Beschlagnahme landwirtschaftlicher Erzeugnisse gewandt. Man muß dabei zweierlei unterscheiden. Es gibt Produkte wie Getreide, die zentralistisch erfaßt, durch volle Beschlagnahme geregelt und die von einer Stelle einheitlich verwaltet werden müssen. Es gibt aber auch Produkte, die täglich produziert werden, leicht verderblich sind und sich nicht zur zentralistischen Behandlung eignen. An die habe ich dabei natürlich nicht gedacht. Ich denke an Eier, Obst und Gemüse, die nicht genügend erfaßt werden, obwohl sie vorhanden sind, ja die nicht einmal den Produzenten selbst voll zugute kommen, ja die teilweise verderben. Es gibt Gemüse, die einfach nicht zum Markt kommen. (Sehr richtig!)

Wenn man fragt, warum das geschieht, dann sagt die Gemüsefrau, sie habe keine Gelegenheit dazu, sie habe nicht einmal einen Korb. Deshalb müssen wir diese Dinge praktisch ändern. Wenn wir Eier, Gemüse und Obst nach den Städten bringen wollen, so ist das in erster Linie eine Verpackungs- und in zweiter Linie eine Abholungsfrage. Wir müssen eine Organisation des Transportes schaffen, damit diese wichtigen Nahrungsmittel der Allgemeinheit nicht verloren gehen und damit sie auch, wie ruhig zugegeben werden muß, gegenüber der Not in den Konsumentenkreisen der Städte von den Produzenten nicht mehr in so reichlichem Maße konsumiert werden. (Hört! hört! links). Ob das der Landrat mit dem Kreisausschuß macht, oder ob wir in jedem Kreise ein Kriegswirtschaftsamt oder eine alle Stellen zusammenfassende G. m. b. H. gründen, mit einer geeigneten Persönlichkeit an der Spitze, das ist eine zweite Frage. Daran habe ich gedacht, als ich von der Notwendigkeit neuer Organisationen sprach, die weiter nichts erreichen sollen, als daß wir die Ware auf die Eisenbahn bekommen und in die Städte bringen. Darauf richtet sich mein ganzes Gemühen und meine ganze Arbeit.

Das Kriegsamt ist bereit, solche tüchtige Personen, die landwirtschaftlich ersehren, kaufmännisch geschult und nebenbei vaterländisch orientiert sein müssen, freizustellen. Wir müssen hier einsetzen, damit und in diesem Jahr das Frischgemüse, der Kohl und das Obst das ganze Jahr hindurch für die Ernährung der Städter zur Verfügung stehen. Dadurch wird unsere Ernährung wesentlich verbessert werden. Das ist keine Organisation, wie wir sie viele andere haben — und ich gebe zu, daß wir sehr viele haben — sondern das ist eine wertvolle und lebenskräftige Ergänzung bestehender Organisationen mit praktischen Zielen. (Beifall.)

Abg. Krüger-Hoppenrade (natl.) wendet sich gegen den Abg. v. Kardorff und seine Forderung hoher Kartoffelpreise. Wir lassen es uns trotzdem nicht nehmen, auch die Interessen der Landwirtschaft weiter zu vertreten. Wir werden ausgleichend wirken, so wie wir es immer getan haben vom Zolltarif bis zum Hilfsdienstgesetz. Die Bestrebungen des Staatskommissars werden wir gern unterstützen. Eine Steigerung der Produktion ist bei den schwachen Düngemitteln nicht möglich, wir müssen sie aber auf dem jetzigen Stande erhalten. Das wichtigste für den Großgrundbesitz ist die Arbeiterfrage, die auch nach dem Kriege noch eine Rolle spielen wird. Die Ernährung läßt zu wünschen übrig. Brot, Kohlrüben, Bouillonwürfel und wieder Kohlrüben, das ist nicht nur eine einseitige Ernährung, das ist schon nahezu Unterernährung. Kollegen haben mir gesagt, daß der dauernde Kohlrübengenuß auch gewisse Krankheiten hervorrufen kann. Der Preis für Futterrüben muß herabgesetzt werde, damit die Kartoffeln für den menschlichen Genuß bleiben.

Die Preise für Vieh sind zu hoch. Einmal kommt der Aladderadatsch doch, darum ist es besser, sie beizeiten herunterzusetzen. Die Ernährungsfrage darf nicht allein vom Standpunkte der Produzenten behandelt werden. (Sehr richtig! links.) Der Landwirtschaftsminister, der in erster Linie für die Volksernährung zu sorgen hat, hat in der Frage, die Viehzucht auf besonders fleischreiche Rassen zu beschränken, versagt. Die Schafzucht und damit die Wollerzeugung verdienen noch größere Förderung, insbesondere sollten auch die Viehhandelsverbände aus ihren Gewinnen dazu beisteuern. Die Zufuhr des Ministers, daß Ziegenfleisch nicht auf die Karte angerechnet wird, wird die Ziegenzucht anregen. Zum Gemüsebau gehört geeigneter Boden. Zwangsanbau wäre nicht rationell. Nützlich wäre eine Kontrolle der Bestellung durch die Kriegswirtschaftsämter. Die Geschichte dieses Krieges wird auch das stille Heldentum unseres Volkes verewigen. (Beifall.)

Sozialpolitik im Reichshaushaltsausschuß.

Berlin, 7. März.

Der Hauptausschuß des Reichstags beschäftigte sich heute in fortgesetzter Beratung des Etats für das Reichsamt des Innern zunächst mit einer sozialdemokratischen Resolution, wonach schleunigst neue, für das ganze Reich wichtige

Arbeiterschutzvorschriften

namentlich für diejenigen Betriebe der Munitions- und Schwer-Industrie, die besonders gefährlich sind, erlassen und mit Hilfe der Bundesstaaten durchgeführt werden sollen. (Allgemeine Achtstundenschicht, bessere Unfallverhütung, umfassende Vermehrung des Inspektionspersonals, auch durch Beurlaubungen und Neuanstellungen.) Weiter sollen die Kräfte der Abteilung für Arbeiterstatistik des Statistischen Reichsamts erheblich vermehrt und die Fertigstellung statistischer Feststellungen über die Frauenarbeit usw. beschleunigt werden.

Ein sozialdemokratischer Redner führte aus, wenn in gewissem Sinne mit der menschlichen Kraft Raubbau getrieben werden müsse, wenn Frauen in Bergwerken unter Tage beschäftigt werden und noch stärker herangezogen werden sollen, so muß man auch an Schutz denken. Viele Un-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19170308028/fragment/page=0002